

MANUEL PALZ

DAS ENDE DER BLOCKADE

EINIGUNG ZWISCHEN REGIERUNGS- UND OPPOSITIONSPARTEI
IN KAMBODSCHA KÖNNTE ZU EINER DEMOKRATISIERUNG BEITRAGEN

Ein gutes Jahr nach den fünften Wahlen zur Nationalversammlung endete der politische Deadlock Kambodschas. Fast ein Jahr lang hatte sich die Oppositionspartei, Partei zur Rettung der kambodschanischen Nation (PRKN), geweigert, die Ergebnisse der letzten Parlamentswahl (Juli 2013) anzuerkennen und ihre Arbeit in der Nationalversammlung aufzunehmen. Überraschenderweise haben die Regierung um Ministerpräsident Hun Sen (Kambodschanische Volkspartei, KVP) und die Opposition nun einen Kompromiss gefunden. Wichtiger Teil davon war die Einigung auf eine Reform der nationalen Wahlkommission. Sollte das Experiment Hun Sens, «mehr Demokratie» wagen zu wollen, gelingen, könnten sich die Menschen in Kambodscha Hoffnung auf eine bessere Zukunft machen. Aber der Weg dahin scheint noch weit.

Als Ende Juli 2014 durchsickerte, dass sich die Spitzen der KVP und der PRKN darauf geeinigt hatten, die einjährige Blockade der kambodschanischen Nationalversammlung zu beenden, staunten viele ExpertInnen.¹ Traditionell dauert es in Kambodscha immer länger als in anderen Ländern, bis ein Wahlergebnis akzeptiert ist und eine Regierung gebildet werden kann. Zudem war und ist der Wahlsieger seit mehr als 30 Jahren (fast) immer Hun Sen und seine Partei. Doch im Sommer 2013 wurden die Machtverhältnisse im Königreich der Khmer ernsthaft infrage gestellt.² Zu offensichtlich waren die Manipulationen des Ergebnisses der Parlamentswahlen, die der regierenden KVP erneut eine Mehrheit einbrachten. Nicht ohne Grund weigerte sich die PRKN, ein Zusammenschluss der zwei größten Oppositionsparteien (der Sam Rainsy-Partei und der Menschenrechtspartei), deren Sieg anzuerkennen und forderte, die Stimmzettel von einer unabhängigen, neutralen Schiedskommission erneut auszählen zu lassen. Nachdem die 68 VertreterInnen der Regierungspartei über ein Jahr auf die verwaisten 55 Plätze der Abgeordneten der PRKN im insgesamt 123 Sitze umfassenden Parlament schauen müssen, scheint heute so etwas wie «politische Normalität» in Kambodscha möglich zu sein. Die Proteste der Straße – angeheizt durch teils fragwürdige, nationalistische Äußerungen des Oppositionsführers Sam Rainsy, die sich vor allem gegen den allumfassenden Herrschaftsanspruch Hun Sens und die ausufernde Korruption, aber auch gegen die vietnamesische Minderheit im Lande richteten – gehören nun (vielleicht) erst einmal der Vergangenheit an.

Ihren traurigen Höhepunkt erlebten die Proteste im Januar 2014, als regierungstreue Sicherheitskräfte streikende Tex-

tilarbeiterInnen niederschossen.³ Diese Schüsse markierten eine Art Wendepunkt in der Auseinandersetzung zwischen KVP und PRKN. Bereits seit einiger Zeit sympathisierte die politische Opposition werbewirksam mit den streikenden TextilarbeiterInnen. Das Wahlergebnis war einige Monate nur noch ein Thema zweiter Klasse, während die Lebensbedingungen der einfachen kambodschanischen Bevölkerung und die ausbeuterischen, profitgierigen internationalen Produzenten mehr und mehr in den Fokus der Öffentlichkeit drangen. Die ArbeiterInnen machten mit ihren Streiks für einen lebensnotwendigen Mindestlohn von monatlich 160 US-Dollar deutlich, dass auch Jahrzehnte nach dem Bürgerkrieg in Kambodscha der große Teil der Bevölkerung nach wie vor in bitterer Armut lebt. Zudem herrschen in den Fabriken katastrophale Arbeitsbedingungen. Besonders die fast 85 Prozent Frauen unter den knapp 400.000 TextilarbeiterInnen Kambodschas leiden – auch unter sexuellen Übergriffen.⁴ Für die Bevölkerung ist dies ein klares Indiz für das Scheitern der Politik.

RECHTSWIDRIGE VERHAFTUNG VON GEWERKSCHAFTERINNEN

Vorher lange Zeit undenkbar, wurde in den letzten beiden Jahren ein Punkt erreicht, an dem die Menschen nicht mehr länger gewillt waren, dem Treiben der «Eliten» tatenlos zuzusehen. Die rechtswidrige und völlig überzogene Verhaftung von 23 GewerkschafterInnen und AktivistInnen, die bei den Streiks Anfang Januar 2014 laut kambodschanischem Sicherheitsapparat eine führende Rolle gespielt hatten, zeugte erneut von Hun Sens Skrupellosigkeit, der mit aller Macht seine Führungsposition verteidigen will. Es kam zu einem

Schauprozess, der von vielen BeobachterInnen als reine Farce angesehen wurde. Die Staatsanwaltschaft versuchte mit allen Mitteln, den Angeklagten oppositionelle, politische Motive nachzuweisen. Erst Monate später kamen die Inhaftierten aufgrund massiven internationalen Drucks unter strengen Bewährungsaufgaben wieder frei. Viele von ihnen durchlebten im Gefängnis ein Martyrium und leiden seitdem unter erheblichen gesundheitlichen Folgen.⁵

Nach diesen Ereignissen sah auch die Opposition ein, dass sie ihre politischen Ziele auf Dauer nicht durch eine Blockade der Nationalversammlung erreichen kann. Seit einer Weile bereits wird berichtet, dass die Opposition in zwei Lager gespalten ist: in das Lager um den Vorsitzenden der PRKN Sam Rainsy, das weiterhin auf außerparlamentarischen Druck setzt, und das Lager um Kem Sokha, der an die gewählten PRKN-VertreterInnen plädierte, ihr Parlamentsmandat anzutreten. Sicherlich wird dabei auch die Gewissheit dominiert haben, dass die Leistungen der KVP in der jetzigen Legislaturperiode unter besonderer Beobachtung stehen werden und die eigene Partei PRKN derzeit noch zu schwach ist, um wirklich Regierungsverantwortung zu übernehmen. Das «Wahlprogramm», das mehr einem Forderungskatalog gleicht, ohne jedoch die Frage nach der Finanzierung von angemahnten Reformen zu beantworten, und der Umstand, dass die zweite Reihe der PRKN politisch noch recht unerfahren ist, unterstreichen diese Einschätzung. Allgemein mangelt es der PRKN an einer durchdachten Strategie und an einem Konzept, wie sie im Falle eines Wahlsieges Kambodscha regieren will. Derzeit vertritt die PRKN von allem etwas. Der starke Menschenrechts- und Freiheitsgrundsatz der Partei wird durch den Nationalismus der Parteiführung karikiert. Während viele KambodschanerInnen den steigenden chinesischen Einfluss kritisch hinterfragen, befürwortet Rainsy ein Bündnis mit der Supermacht. Dies kann als ein Seitenhieb gegen das Nachbarland Vietnam gewertet werden, dem Rainsy vorwirft, Kambodscha seit dem Ende der Schreckensherrschaft der Roten Khmer durch eine Marionettenregierung besetzt zu halten. Dabei kann Rainsy die historisch bedingte Feindschaft zwischen den Nachbarstaaten für seine Politik geschickt missbrauchen. Gerade in jüngster Zeit kam es vermehrt zu Protesten vor der vietnamesischen Botschaft in Phnom Penh, bei denen sogar die vietnamesische Fahne verbrannt wurde.⁶

In monatelangen Verhandlungen trafen sich die VertreterInnen der Parteien, um eine Lösung zur Beilegung des politischen Deadlocks zu finden. Als im Juli acht OppositionspolitikerInnen verhaftet wurden, spitzte sich die Lage erneut zu, und es sah kurz so aus, als werde es zu keiner friedlichen Lösung mehr kommen.⁷ Außerdem konnten sich beide Parteien nicht auf eine Reform der nationalen Wahlkommission verständigen – eine laut Verfassung unabhängige Organisation, die die faire und freie Durchführung der Wahlen gewährleisten soll, de facto aber ein Machterhaltungsorgan Hun Sen ist. Eine diesbezügliche Einigung galt als entscheidend für den Erfolg der Verhandlungen zwischen KVP und PRKN. Überraschend stimmten Hun Sen und die KVP vor wenigen Wochen dann aber doch einer Reform der nationalen Wahlkommission zu. Anfangs vermuteten BeobachterInnen, dass es sich lediglich um «Scheinzugeständnisse» handelte, aber je mehr Details über die Reform der Wahlkommission ans Licht kamen, umso größer war die Überraschung. Mittlerweile kann sogar von einem Durchbruch gesprochen werden: Die neue nationale Wahlkommission

besteht aus neun Mitgliedern und soll mit je vier VertreterInnen der KVP und der PRKN besetzt werden. Das neunte und entscheidende Mitglied soll parteilos und unabhängig sein. Als Kandidatin für diesen Posten wurde die angesehene Ärztin und ehemalige Präsidentin der bekannten NGO Kambodschanische Liga für die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte (LICADHO), Dr. Pung Chhiv Kek, vorgeschlagen. Ein weiteres Zugeständnis der Regierung an die Opposition war die Vergabe einer TV-Lizenz sowie die Bereitschaft, den kambodschanischen Senat zu reformieren und zukünftig parlamentarische Untersuchungsausschüsse einzurichten. Auch der derzeit abgesperrte Freedom Park im Zentrum von Phnom Penh, in dem sich zuvor die DemonstrantInnen versammelten, soll wieder für die Öffentlichkeit freigegeben werden.⁸

KRITIK WEGEN GRAVIERENDER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Die Einigung zwischen der KVP und der PRKN könnte insbesondere für nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen sowie die wenigen unabhängigen Medienorganisationen in Kambodscha eine erhebliche Erleichterung ihrer Arbeitsbedingungen bedeuten. In den vergangenen Jahren ist das System Hun Sen mehrmals öffentlich wegen gravierender Menschenrechtsverletzungen kritisiert worden. Diese hatten sich immer wieder gegen OppositionsanhängerInnen oder kritische, oppositionsnahe MedienvertreterInnen gerichtet. Gerade im letzten Jahr nahmen die Übergriffe auf JournalistInnen derart zu, dass die Organisation Reporter ohne Grenzen bereits davor warnte, Kambodscha näherte sich mehr und mehr sogenannten medienfeindlichen Systemen wie Vietnam, Laos und China an.⁹

Die existierenden Staatsmedien wusste Hun Sen geschickt zu instrumentalisieren und besetzte Führungspositionen über Jahre mit parteitreuen Verbündeten. Sens autokratisches Herrschaftsverständnis spiegelt mehr ein feudales Politikverständnis wider als ein modernes, demokratisches. Loyale Vasallen werden mit Ländereien oder Geschäftslizenzen an den Herrscher gebunden – bei Treueentzug jedoch können sich die Begünstigungen ebenso schnell in Schikane und Missgunst verkehren. Oppositionelle MenschenrechtlerInnen verschwanden nicht selten von heute auf morgen von der Bildfläche, um letztlich nach Monaten geläutert wieder aufzutauchen.¹⁰ Nichts soll Sens Absicht im Wege stehen, bis ins hohe Alter zu regieren; wohlgermerkt ist der Regierungschef bereits 72 Jahre alt. Diese Haltung Sens erklärt auch, warum sich parteiinterne Reformen nur schwer durchsetzen lassen.

Die Opposition befindet sich nach den Verhandlungen nun in einer vorteilhafteren Ausgangsposition. Die PRKN gewinnt in erster Linie Zeit. Sie kann sich in den kommenden drei Jahren bis zu den nächsten Parlamentswahlen gezielt dem Aufbau der Partei widmen, mithilfe der eigenen TV-Lizenz ihre Kritikpunkte und ihr inhaltliches Programm nun einfacher unter die Leute bringen und sich besser international vernetzen. Langfristig könnte dieser Ansatz deutlich größere Erfolgsaussichten mit sich bringen als der bisher praktizierte Konfrontationskurs.

Sam Rainsy hat also eine gewisse Weitsicht bewiesen und scheint den Regierungswechsel 2018 anzustreben. Vermutlich wird er weiterhin eine zweigleisige Strategie fahren, um sein Ziel zu erreichen. Besonders im Ausland genießt der Oppositionspolitiker einen guten Ruf, trotz der diversen nationa-

listischen Äußerungen in der Vergangenheit. Die jahrzehntelange Regierungszeit von Hun Sen hat auch im Ausland dazu geführt, dass so manches Staatsoberhaupt einen «Wechsel» herbeisehnt und bereit ist, die nationalistischen Fehlritte Rainsys vergessen zu lassen. Im Inland wird Sam Rainsy weiterhin polarisieren, um mehr AnhängerInnen für seine Politik zu gewinnen. Inwieweit die neue nationale Wahlkommission wirklich unabhängig und frei ihrer Arbeit nachkommen kann, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Die Euphorie ist groß, jedoch gibt es auch berechtigte Zweifel, ob dem Konsens zwischen KVP und PRKN in Bezug auf die Person Pung Chhiv Kek als unabhängiges Mitglied zu trauen ist. Pa Ngoung Teang, Leiter des kambodschanischen Nachrichtensenders «Stimme der Demokratie» (VOD), ist diesbezüglich skeptisch und geht davon aus, dass sich vor allem die KVP nicht an die Vereinbarung halten wird. Teangs Radiosender wurde in letzter Zeit häufig zum Ziel von randalierenden Sicherheitskräften, da VOD eine der wenigen Medien ist, die trotz Repressalien die Missstände im Land offen ansprechen. Trotzdem ist Teang optimistisch, dass zumindest die Zugeständnisse im Bereich der Fernsehberichterstattung einen bedeutenden Beitrag zu mehr Pluralismus und Demokratie in Kambodscha leisten können.¹¹

ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE KOMMENDEN JAHRE

Selbst wenn der politische Streit zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien zukünftig fairer und stärker mit Argumenten ausgetragen werden sollte als in der Vergangenheit, bleiben viele Herausforderungen bestehen, die zum Wohle der Gesellschaft angenommen werden müssen. Zuerst muss eine erneute Eskalation zwischen den politischen Eliten verhindert werden. Der langjährige Konfrontationskurs der politischen Klasse hat sich als schädlich für die gesamte Entwicklung des Landes erwiesen. Besonders besorgniserregend waren einige Kommentare während des vergangenen Wahlkampfes, als die Regierung mit einem Bürgerkrieg für den Fall drohte, sollte Hun Sen die Wahl verlieren. Die regelmäßigen Anspielungen bei Wahlkampfauftritten Sens auf die Schreckensherrschaft der Roten Khmer lassen eine historisch korrekte und objektive Aufarbeitung der Vergangenheit nicht zu und verbreiten Hass, Angst und Schrecken in der heutigen kambodschanischen Gesellschaft. Normale Spielregeln des demokratischen Wettbewerbs, wie zum Beispiel Regierungswechsel nach Wahlen, werden in Kambodscha mutwillig mit dem Untergang des Systems sowie Terror und Leid in Verbindung gebracht. Hun Sen versteht sich selbst als der Befreier des Landes von der damaligen Tyrannei, während die Opposition in ihm lediglich einen Lakaien des sozialistischen Nachbarstaates Vietnam sieht, mit deren Hilfe Sen 1979 Pol Pot und seine AnhängerInnen aus der Hauptstadt vertrieb.

Ein wichtiges Ziel der Politik muss in den nächsten Jahren zudem sein, parteiübergreifend die Korruption einzudämmen. Da viele PolitikerInnen selbst durch dubiose Beziehungen an Landspekulationen¹² und anderen fragwürdigen Geschäften mitverdienen, muss erst ein Wandel innerhalb der Eliten erfolgen, ehe die Reformen auch auf provinzieller Ebene greifen können. Auch die Reform des Rechtssystems wird in den kommenden Jahren ganz oben auf der politischen Agenda stehen müssen. Die Korruption macht auch vor der Justiz nicht halt, und gegenwärtig dienen Gerichtsprozesse weniger einer fairen Urteilsfindung, sondern füllen vor allem

die Geldbeutel der RichterInnen und AnwältInnen.¹³ Ab 2015 kommt erschwerend hinzu, dass die Regierung von der Regelung abgerückt ist, dass RichterInnen in Kambodscha parteilos sein müssen. Diese Entscheidung wird zu Recht scharf kritisiert, höhlt sie doch das ohnehin schon schlecht funktionierende Justizsystem noch weiter aus.¹⁴

Es wird ebenfalls interessant sein, zu beobachten, ob die Oppositionspartei sich an der Macht anders verhalten oder ob sie in ähnliche nepotistische Handlungsmuster wie die regierende KVP verfallen wird. Viele KambodschanerInnen haben das Vertrauen in die staatlichen Strukturen und die politischen Parteien vollkommen verloren. Der Druck von unten ist bereits so stark geworden, dass für die Regierenden die Zeit knapp wird, die Bevölkerung von ihrem Reformwillen zu überzeugen. Eine Strategie könnte sein, zumindest auf kommunaler Ebene mehr Bürgerbeteiligung am politischen Entscheidungsprozess zuzulassen.

Dies würde in Zeiten, in denen die Lebenswirklichkeiten der einfachen kambodschanischen Bevölkerung und der Eliten massiv auseinanderklaffen, das Vertrauen der Menschen erhöhen und die Politik wieder an die Interessen der Bevölkerung binden. Zwar wurde in Kambodscha vor einigen Jahren ein Gesetz zur Dezentralisierung vom Parlament verabschiedet, die Implementierung hingegen weist große Defizite aus. Nach wie vor ist der politische Entscheidungsprozess intransparent und mangelhaft. Die Provinzbehörden, denen man neue Zuständigkeiten übertragen hat, kommen ihren Aufgaben oftmals nur unzureichend nach und flüchten sich in Ausreden, indem sie etwa auf die fehlende Unterstützung der Zentralregierung verweisen. Insbesondere im Hinblick auf die ASEAN-Integration 2015,¹⁵ die mit einer Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen einhergehen soll, werden noch weitere Anforderungen auf die Provinzen zukommen. Gerade die ärmeren Regionen im Zentrum und Nordosten des Landes müssen sich darauf einstellen, dass viele Menschen zumindest zweizeitweise migrieren wollen. Derzeit reichen die lokalen Kapazitäten nicht aus, um entsprechende Dokumente auszustellen und Dienste anzubieten. Viele KambodschanerInnen versuchen deshalb ihr Glück im Ausland, ohne die hierfür benötigten Papiere zu besitzen. Regelmäßig werden Kolonnen illegaler Arbeitskräfte aus Thailand zurück nach Kambodscha transportiert. Dies belastet das ohnehin schon angespannte Verhältnis der Nachbarländer.

Neben Reformen des politischen Systems bedarf es auch dringend einiger Veränderungen der Parteienlandschaft. Gegenwärtig sind nicht politische Inhalte und Konflikte entscheidend, sondern persönliche Bindungen beziehungsweise Interessen. Die gesellschaftlichen Strukturen und Unterschiede spiegeln sich nicht in der Parteienlandschaft wider, und demnach wählen KambodschanerInnen oft nicht nach ihren politischen Interessen, sondern entscheiden sich für bestimmte (charismatische) Persönlichkeiten. Hinzu kommt, dass die politische Führung des Landes recht betagt ist, auf jeden Fall deutlich älter als die Bevölkerung, deren Durchschnittsalter 22 Jahre beträgt. Kambodscha ist außerdem ein von Männern dominiertes Land, in denen Frauen zwar formell die gleichen Rechte genießen, jedoch traditionell im öffentlichen Leben eine untergeordnete Rolle spielen. Häusliche Gewalt gehört zum Alltag und gilt als eine der häufigsten Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha.¹⁶ Im aktuellen kambodschanischen Parlament finden sich nur 16 Frauen (im Vergleich zu 107 Männern).

AUSBLICK

Ob die gegenwärtige herrschende Klasse zu den hier skizzierten Reformschritten bereit ist, darf zu Recht bezweifelt werden. Die politische Führung Kambodschas gilt weithin nicht als besonders gemeinwohlorientiert, sondern nutzt ihre Macht vor allem zur Selbstbereicherung. Deshalb stellt sich die Frage, ob das Zweiparteiensystem, das sich in Kambodscha seit den letzten Wahlen zu manifestieren scheint und in dem politische Argumente, Ziele und Programme Auseinandersetzungen um Persönlichkeiten nachgeordnet sind, die politisch beste Lösung für das südostasiatische Land ist.

Inzwischen hat sich außerhalb des Parlaments eine breite Bewegung junger, gebildeter kritischer KambodschanerInnen herausgebildet, die ehrenamtlich und sozial engagiert ist, aber auch nicht mehr davor zurückschreckt, Missstände im Land offen anzusprechen. Die Gewerkschaften, einst ein politisches Instrument der Regierung beziehungsweise der Opposition, sind ebenfalls mutiger geworden und treten mehr und mehr in den politischen Auseinandersetzungen in Erscheinung. Vielleicht benötigt Kambodscha eine neue, junge, unverbrauchte dritte Kraft, die sich aus den vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen und sozialen Bewegungen entwickeln müsste. Soziale Medien könnten als Katalysator für eine neue progressive, gemeinwohlorientierte, junge Alternative dienen. Das Potenzial hierfür wäre vorhanden, die politischen Eliten von morgen müssten jedoch noch einiges lernen, um gegen die Intrigen der Herrschenden bestehen zu können. Dies könnte auch ein wichtiger Ansatz für die internationale Zusammenarbeit sein.

In den letzten Jahren ist nämlich vonseiten der Linken das Engagement zahlreicher NGOs und staatlicher Entwicklungsträger immer wieder infrage gestellt worden, da sie trotz ihrer Kritik am politischen Systems Kambodschas keine neuen Ansätze wagten, sondern auch weiterhin das Land mit Entwicklungshilfegeldern in Millionenhöhe fluteten. Damit, so der Vorwurf, würden benötigte Reformprojekte nur halbherzig angegangen. Allerdings sind die internationalen Geber auf die Kooperation mit staatlichen Stellen angewiesen, da sie sonst mit Schikanen und Problemen bei der Projektimplementierung rechnen müssen. Das sollte uns jedoch nicht daran hindern, etwa die Entwicklungsmodelle der Europäischen Union und allen voran deren «Alles-außer-Waffen-Initiative», die der kambodschanischen Landwirtschaft günstigere Bedingungen für Exporte nach Europa verschaffen soll, kritisch zu analysieren und zu hinterfragen.¹⁷

Besonders groß sind die Herausforderungen für linke alternative Ansätze des gesellschaftlichen Zusammenlebens

und Wirtschaftens. Aufgrund der schrecklichen Erfahrungen mit den Roten Khmer, die im Namen des Kommunismus bis zu drei Millionen Menschen in sogenannten Arbeitslagern folterten und töteten, sowie der anschließenden Konflikte zwischen Vietnam und den verbliebenen Roten Khmer verbinden die Menschen in Kambodscha eher Negatives mit linken Politikansätzen. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird es in den kommenden Jahren von großer Bedeutung sein, gerade auch in Zeiten von Freihandelsabkommen und Globalisierung in Kambodscha eine Plattform zu bieten, um über alternative Entwicklungsansätze und -möglichkeiten diskutieren und sich auszutauschen zu können. Wenig spricht dafür, dass der gegenwärtig eingeschlagene Pfad die vorhandenen sozioökonomischen Differenzen zwischen Stadt und Land sowie zwischen Herrschenden und Arbeitenden im Land verringern wird. Kambodscha steht also noch ein langer Weg bevor, aber vielleicht war die Einigung zwischen Regierungs- und Oppositionspartei ja der erste Schritt in Richtung einer demokratischeren Zukunft Kambodschas. Den 14 Millionen EinwohnerInnen wäre es zu wünschen.

Manuel Palz hat Politikwissenschaft sowie Mittlere und Neuere Geschichte studiert. Seit Dezember 2012 ist er im Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hanoi tätig.

¹ Dara, Mech/Willemyns, Alex: CNRP Agrees to Take National Assembly Seats, in: The Cambodian Daily, 22.7.2014, unter: www.cambodiadaily.com/news/cnrp-agrees-to-take-national-assembly-seats-64662/. ² Palz, Manuel: Kambodscha versinkt im Chaos, in: Nachrichten der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 7.1.2014, unter: www.rosalux.de/news/40139/kambodscha-versinkt-im-chaos.html. ³ Ebd. ⁴ Vijeyarasa, Ramona: Life is complex!, Blog-Eintrag, 24.10.2013, unter: www.actionaid.org/2013/10/life-complex. ⁵ Sen, David/Buth Reaksmey Kongkea: 'The 23' found guilty, released, in: Phnom Penh Post, 30.5.2014, unter: www.phnompenhpost.com/national/23-found-guilty-released. ⁶ Vgl. www.dw.de/cambodias-opposition-leader-plays-racist-card/a-17477112. ⁷ Kuch, Naren/Dara, Mech: Four CNRP Leaders Arrested Over Violent Protest, in: The Cambodian Daily, 16.7.2014, unter: www.cambodiadaily.com/news/police-arrest-four-cnrp-leaders-over-violent-protest-64148/. ⁸ Dara/Willemyns: CNRP Agrees to Take National Assembly Seats. ⁹ Laut dem letzten Bericht von Reporter ohne Grenzen zum Thema Pressenfreiheit vom 12. Februar 2014 rangiert Kambodscha auf Platz 144 von 180 Ländern. Die letzten Parlamentswahlen in Kambodscha waren demnach «weder frei noch fair». Vgl. www.reporter-ohne-grenzen.de/laender/asien-pazifik/kambodscha/alle-meldungen/meldung/reporter-ohne-grenzen-veroeffentlicht-aktuelle-rangliste-der-pressefreiheit/. ¹⁰ Vgl. www.hrw.org/world-report-2012/world-report-2012-cambodia. ¹¹ Interview des Autors mit Pa Ngoung Teang vom 5.8.2014. ¹² Vgl. www.licadho-cambodia.org/concession_timelapse/. ¹³ Vgl. www.transparency.org/country/#KHM_PublicOpinion. ¹⁴ Ebd. ¹⁵ ASEAN steht für Association of Southeast Asian Nations und ist eine internationale Organisation zur Verbesserung der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Zusammenarbeit. Im September 2009 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der ASEAN-Mitglieder, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum nach dem Vorbild der Europäischen Union zu schaffen. ¹⁶ Brickell, Kathrin: Domestic Violence in Cambodia Has to Be Tackled by Law, in: The Cambodian Daily, 7.2.2014, unter: www.cambodiadaily.com/opinion/domestic-violence-in-cambodia-has-to-be-tackled-by-law-51669/. ¹⁷ Vgl. Kießling, Fabian Theodor: Gut für Exporteure, schlecht für Arme. Die EU-Handelsinitiative «Everything But Arms» und die massive Landnahme durch Investoren in Kambodscha, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2014, unter: www.rosalux.de/publication/40597/gut-fuer-exporteure-schlecht-fuer-arme.html.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Oktober 2014
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling